

Studienpläne Fachbereich Rechtspflege Einführungspraktikum

Vorbemerkung

Das Anliegen des Studienabschnitts ergibt sich aus § 8 Abs.1 RpflAPO Hessen und den §§ 9, 15 der ThürRAPO. Der Studienabschnitt gliedert sich in ein Einführungspraktikum bei den Ausbildungsamtsgerichten und einführende Lehrveranstaltungen an der Hessischen Hochschule für Finanzen und Rechtspflege in Rotenburg a. d. Fulda. Die Studierenden erhalten einen ersten Einblick in ihre späteren Tätigkeitsfelder als Rechtspfleger, daneben auch eine allgemeine Orientierung hinsichtlich der Tätigkeit anderer Rechtspflegeorgane.

Ziel des ersten Ausbildungsabschnitts ist, einen allgemeinen Überblick sowie Rechtskenntnisse betreffend der Tätigkeit eines Rechtspflegers zu erwerben.

Während des Einführungspraktikums werden die Studierenden möglichst von einem Rechtspfleger - Studiengruppenleiter - betreut. Dieser organisiert in enger Zusammenarbeit mit dem Ausbildungsleiter am Amtsgericht auch die Exkursionen. Er begleitet die Studierenden bei Exkursionen und ist im Übrigen neben dem Ausbildungsleiter ständiger Ansprechpartner. Der Studiengruppenleiter ist während des Einführungspraktikums für die Betreuung der Studierenden freizustellen.

Die zeitliche Inanspruchnahme der Studierenden sollte sich grundsätzlich an den regelmäßigen Dienstzeiten eines Beamten orientieren.

Die in diesem Studienabschnitt an der Hessischen Hochschule für Finanzen und Rechtspflege stattfindenden einführenden Lehrveranstaltungen beschränken sich auf die Grundzüge des Rechtswesens, die Vorstellung aller Rechtsgebiete, Rechtspflegeorgane und die Grundlagen des Verwaltungs- und Beamtenrechts. Die Studierenden sollen in Lehrgruppen und Kleingruppen im Wege des betreuten Lernens am Beispiel typischer Lebenssachverhalte (Musterakten) methodisch geschult werden, selbständig Sachverhalte zu erfassen und juristisch zu bearbeiten.

Die zeitliche Aufteilung des ersten Studienabschnitts ergibt sich im Überblick wie folgt:

1. **Einführungspraktikum** bei dem Ausbildungsamtsgericht
- 2 Wochen -
2. **Einführende Lehrveranstaltungen** an der Hessischen Hochschule für Finanzen und Rechtspflege
- 6 Wochen -

Gliederung des Einführungspraktikums:

1. Tag: Begrüßung, Erledigung der Formalitäten, Erläuterung des Verlaufs der Ausbildung, Vorstellung des Studienplans und Ziel des ersten Studienabschnitts, Aushändigung der Studienpläne, Darstellung dienstlich notwendiger Formalitäten - wie Urlaubsantrag, Beihilfeantrag -.

2. - 9. Tag: Kennen lernen der Geschäftsabläufe bei den Amtsgerichten durch Hospitation in der Posteingangsstelle, Wachtmeisterei, Service-Einheiten sowie Rechtspflegerarbeitsplatz (exemplarisch anhand eines Geschäftsvorganges z.B. im Grundbuchgericht, Nachlassgericht, Familiengericht oder Betreuungsgericht).

Teilnahme an:

Sitzung in Strafsachen

Sitzung in Zivilsachen und ggf.

Sitzung in ZVG- und InsO-Sachen

Der Besuch einer JVA wird empfohlen, soweit diese vor Ort vorhanden ist.

(Zur Vorbereitung der Sitzungen ist den Studierenden der Gegenstand des Verfahrens nahe zu bringen, wenn möglich anhand der Sitzungsakten oder kopierter Aktenauszüge. Nach den Exkursionen erfolgt eine Besprechung.)

10. Tag: Plenum mit Erfahrungsaustausch unter Leitung des Ausbildungsleiters und des Studiengruppenleiters.

Gliederung der einführenden Lehrveranstaltungen:**3. - 8. Ausbildungswoche****Einführungstag:**

Begrüßung durch den Fachbereichsleiter, Vorstellung der Organisationsabläufe in der Hessischen Hochschule für Finanzen und Rechtspflege und Vorstellung der Bibliothek-Arbeitsplätze (einschl. PC-Arbeitsplätze).

Einführende Lehrveranstaltungen:**1. Gerichtsverfassungs- und Rechtspflegerrecht (4 Tage)****1.1 Staatliche Gerichtsbarkeit**

Rechtsschutzaufgabe des Staates – Rechtsschutz des Einzelnen und Rechtspflegeaufgaben des Staates – Verhältnis von Zivilrechtspflege und Strafrechtspflege – rechtsgeschichtlicher Rückblick, Wurzeln und Entwicklung der deutschen Rechtspflege – Bund und Länder als Träger der Gerichtsbarkeit – die besonderen Gerichtsbarkeiten

1.2 Unabhängigkeit der Gerichte

Der Einfluss der Gewaltenteilungslehre Montesquieus auf die Verfassungen und damit auch auf die Gerichtsverfassungen – Entstehung des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) – Gewaltenteilungs-, Rechts- und Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes

1.3 Bedeutung, Aufgabe, Geltungsbereich des Gerichtsverfassungsrechts

Verfassungsrecht – Verfahrensordnungen – Grundsätze des Aufbaus der Gerichte – die Justizverwaltung, Zweck, Bedeutung, Organisation, Aufgaben – Anwendung nur auf die Straf- und streitige Zivilgerichtsbarkeit – Anwendung auch auf die freiwillige Gerichtsbarkeit – gerichtsverfassungsrechtliche Vorschriften des FGG – Abgrenzung zwischen freiwilliger und streitiger Gerichtsbarkeit

1.4 Aufbau der Gerichtsorganisation der ordentlichen Gerichte

Erläuterung von sachlicher, örtlicher und funktioneller Zuständigkeit – sachliche Zuständigkeit von Amts-, Land- und Oberlandesgerichten und des Bundesgerichtshofes nach dem GVG – Aufzeigen der unterschiedlichen Rechtszüge – Einrichtung von Spezialspruchkörpern (Familiengericht, Kammer für Handelssachen) – sachliche Zuständigkeit der Gerichte der freiwilligen Gerichtsbarkeit – Amtsgericht als Vollstreckungsgericht und Insolvenzgericht – sonstige Zuständigkeiten

1.5 Das Richteramt

Der unabhängige, nur dem Gesetz unterworfen Richter – Unterscheidung zwischen sachlicher und persönlicher Unabhängigkeit – Inhalt und Umfang der sachlichen Unabhängigkeit – persönliche Unabhängigkeit als Garantie der sachlichen Unabhängigkeit – Einstellung, Versetzung, Entlassung, Beförderung eines Richters – Grenzen der Dienstaufsicht – Dienstaufsichtsorgane – Bindung des Richters an Gesetz und Recht – Prüfung der Verfassungsmäßigkeit der anzuwendenden Gesetze – keine Bindung an Präjudizien und Verwaltungsvorschriften – u. U. Vorlagepflicht an den Bundesgerichtshof – Befähigung zum Richteramt – Richter auf Probe – Richterwahlausschuss – Bundes- und Landesrichter – Laienrichter und ihre rechtspolitische Bedeutung

1.6 Der Rechtspfleger

Beamtenrechtliche Stellung – sachliche Unabhängigkeit und Dienstaufsicht – Beihilferecht – Reisekostenrecht – Trennungsgeldverordnung – historische Entwicklung – Aufgaben nach dem RPfIG

1.7 Besetzung der Gerichte

Einzelrichter und Kollegialgerichte als Rechtsprechungskörper – Aufzeigen der Tendenz der Erweiterung der Befugnisse des Einzelrichters – Kollegialgerichte als reine Berufsrichtergerichte und als gemischte Gerichte, bei denen Berufs- und Laienrichter zusammenwirken – Aufgabenverteilung im Kollegialgericht – Beratung und Abstimmung

- 1.8 Die Staatsanwaltschaft und ihre Hilfsorgane
Aufgabe der Staatsanwaltschaft – Strafverfolgungs- und Strafvollstreckungsbehörde -
Weisungsbindung und Legalitätsprinzip – bedeutsame Durchbrechungen des Legalitätsprinzip – die Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft
- 1.9 Serviceeinheiten und Urkundsbeamter der Geschäftsstelle (UdG)
Die Einrichtung von Serviceeinheiten - Stellung und Aufgaben des UdG – Anfechtung von Entscheidungen des UdG
- 1.10 Gerichtsvollzieher
Aufgaben – Stellung
- 1.11 Rechtsanwalt und Notar
Aufgaben, Stellung und Honorierung – der Notar als Träger eines öffentlichen Amtes für bestimmte Aufgaben und vorsorgende Rechtspflege – Notar, Anwaltsnotar, – Rechtsbeistände
- 2. Justizverwaltung (einschl. Verwaltungsrecht und Beamtenrecht) unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten und Justizmodernisierung, insbes. neue Verwaltungssteuerung -NVS- (3 Tage)**
 - 2.1 Verwaltung und Verwaltungsrecht
 - 2.2 Abgrenzung öffentliches Recht und Privatrecht
 - 2.3 Gesetzmäßigkeit der Verwaltung
 - 2.4 Grundzüge des Verwaltungsaktes
 - 2.5 Einführung in das Beamtenrecht
 - 2.6 Grundlagen einer modernen Justizverwaltung
 - 2.7 Mitwirkungs- und Anhörungsrechte

3. Vorstellung der Rechtsgebiete (je 90 Min., insgesamt 3 Tage)

3.1 Grundbuchrecht

Aufgabe und Inhalt des Grundbuchs – Gliederung des Grundbuchs und Abgrenzung zwischen Grundbuchgericht und Bodenmanagement-Behörde (Katasteramt)

3.2 Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsrecht

Übersicht über das Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren – Auswirkungen der Grundbucheintragungen und Bedeutung des Grundbuchranges

3.3 Familien-, Betreuungs- und Vormundschaftsrecht

Stellung und Aufgabe von Eltern, Vormund, Pfleger und Betreuer

3.4 Nachlasswesen

Gesetzliche und gewillkürte Erbfolge

3.5 Registerrecht

Übersicht über das Handels-, Vereins-, Genossenschafts- und Güterregister

3.6 Zwangsvollstreckungsrecht

Überblick über die verschiedenen Vollstreckungsarten

3.7 Insolvenzrecht

Überblick über die Arten der Insolvenz – Unterschiede zur Einzelvollstreckung

3.8 Zivilrecht

Vorstellung des Klage- und Mahnverfahren

3.9 Strafrecht

Die Straftat und gesetzliche Sanktionen – Erkenntnisverfahren und Vollstreckung

durch die jeweiligen Fachdozenten.

4. Die Struktur der Rechtsordnung (18 Tage)

- 4.1 Grundlagen des materiellen Rechts und des Verfahrensrechts
- 4.2 Die Person als Träger von Rechten, insbesondere Rechts-, Geschäfts-, Partei- (Beteiligten-) und Prozess-(Verfahrens-)fähigkeit
- 4.3 Das Handeln der Personen im Rechtsverkehr und im gerichtlichen Verfahren
Verfahrensgrundsätze – Stellvertretung
- 4.4 Die Durchsetzung von gerichtlichen Entscheidungen

5. PC-Basiskurs (40 Stunden)

Unter Berücksichtigung der Bedürfnisse des Rechtspflegerarbeitsplatzes wird der PC-Basiskurs in Form von Modulen angeboten, die den Vorkenntnissen der Studierenden angepasst werden:

- a) Windows - Einführung/Grundlagen
- b) Word-Grundlagen
- c) Word-Formulare/Textfelder
- d) Word-Tabellen (incl. Rechenfunktionen)
- e) Excel-Grundlagen
- f) PowerPoint-Grundlagen
- g) Internet-/Intranet- Recherche
- h) Datensicherheit/Datenschutz
- i) Vorstellung des ADV-Referats des OLG

Die Inhalte dieser einführenden Lehrveranstaltungen werden teilweise auch in Nachmittagsveranstaltungen durchgeführt.

Nach Bedarf kann von den angegebenen Zeitvorgaben abgewichen werden.

